presse

Schwarz-Gelb regiert an Mehrheit vorbei

Anlässlich eines Berichts eines Nachrichtenmagazins über eine Umfrage zur gesetzlichen Frauenquote erklärt die Sprecherin der Arbeitsgruppe Gleichstellungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion Christel Humme:

72 Prozent der Befragten einer Umfrage sprechen sich für eine Frauenquote in Führungsgremien der Wirtschaft aus. Deutschland hat in seinen 200 größten Unternehmen nur einen Frauenanteil von 2,5 Prozent in den Vorständen und rund 12 Prozent in den Aufsichtsräten. Daran konnte auch die Freiwillige Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der Wirtschaft aus dem Jahr 2001 nichts ändern. Der geringe Frauenanteil in Führungspositionen ist jedoch ein Hohn angesichts der vielen gut ausgebildeten Frauen in unserem Land.

Laut der Umfrage sind 77 Prozent der befragten Frauen und 66 Prozent der befragten Männer daher für die Einführung einer Frauenquote. Sie sehen mittlerweile auch, dass ein Umdenken notwendig ist und dass wir mehr Frauen auf vertrauensvollen Posten benötigen. Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch von wirtschaftlicher Vernunft. Eine McKinsey-Studie hat gezeigt, dass die Firmen mit den meisten Frauen im Vorstand im Vergleich zu solchen ohne Frauen 53 Prozent höhere Eigenkapitalrendite erzielen. Allerdings müssen dafür mindestens drei Frauen im Vorstand sein.

Was macht jedoch die Regierung? Sie setzt weiterhin auf Freiwilligkeit und regiert vorbei an den Wünschen der Bevölkerung.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert daher eine gesetzliche Frauenquote von 40 Prozent für Vorstände und Aufsichtsräte. Es müssen endlich gesetzliche Regelungen her. Norwegen hat bereits gezeigt, dass es funktioniert. Warum nimmt sich die Bundesregierung nicht endlich ein Beispiel daran?